

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

1914: „Die Sozialdemokratie zieht in den Krieg“

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal. „Das Rote Wien im Waschsalon Karl-Marx-Hof“ widmet seine aktuelle Sonderausstellung den europäischen Sozialdemokratien in den kriegsbeteiligten Staaten und zeichnet deren Haltung und Entwicklung im Verlauf des Krieges nach.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erstreckt sich nicht nur in Österreich das Streben der Sozialdemokratie nach einer Überwindung der kapitalistischen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse. Zumindest temporär. Bereits der noch drohende Krieg ist bei den regelmäßigen Zusammenkünften der aufstrebenden sozialdemokratischen Parteien des Kontinents das bestimmende Thema. Nationalistische Ressentiments, mit denen der Imperialismus politisches Kleingeld wechselt, machen aber auch vor der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung nicht Halt. Sie werden zum Teil sogar von führenden Parteikadern geschürt.

Die Parteiführungen der deutschen SPD, der französischen SFIO, der britischen Labour Party, der österreichischen SDAP sowie andere Vertreter vertreten mehrheitlich die politischen Positionen ihrer jeweiligen nationalen Regierung. Diese verfehlten Strategien werden später als „Burgfriedenspolitik“ oder „Union sacrée“ in die Geschichte eingehen. Von den Ereignissen überrascht und um das bisher Errungene besorgt, folgen etliche SozialdemokratInnen politisch und ideologisch ihren jeweiligen Regierungen in den Krieg. Zählknirschend die einen, vom nationalistischen Furor infiziert die anderen. Karl Marx' Appell „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wird

förmlich aus dem Bewusstsein vieler GenossInnen getilgt. Die „russische Gefahr“, also die Angst vor dem zaristischen Russland, führt nämlich auch bei jenen Sozialdemokraten, die den Weltkrieg als einen imperialistischen (und daher abzulehnenden) Krieg interpretieren, zur Unterstützung der Kriegsführung der Mittelmächte. Gegen diese Burgfriedenspolitik, wie sie unter anderem Karl Renner vertritt, gibt es in der österreichischen Partei zunächst noch keine namhafte Opposition. Lediglich eine kleine Gruppe um Friedrich Adler, den Sohn des Parteivorsitzenden Victor Adler, kann sich mit diesem Kurs nicht abfinden. Zu ihnen zählen unter anderem Max Adler, Robert Danneberg, Therese Schlesinger und Gabriele Proft. Im Laufe des Krieges verübt Friedrich Adler dann ein Attentat auf den k.u.k. Ministerpräsidenten, Karl Graf Stürgkh, der aufgrund der Obstruktionspolitik der Nationalitäten seit März 1914 ohne Parlament regiert.

Vor der kriegerischen Zuspitzung versucht die durch Wahlen gestärkte Sozialdemokratie zunächst noch auf parlamentarischem Wege eine Modernisierung des rückständigen Habsburgerstaates zu erreichen. Während aber zentrale Anliegen, wie die Schaffung einer Sozialversicherung oder die Reform des Vereinsgesetzes, zu keinem befriedigenden Abschluss kommen, passieren Gesetzesvor-



Waschsalon Karl-Marx-Hof/K. Mitter

Schwierige Jahre für die ArbeiterInnenbewegung: Die Kriegswirren des Ersten Weltkrieges spalten die Parteien vieler Länder

lagen zur Aufrüstung und Militarisierung erfolgreich den Reichsrat. Im September 1911 kommt es zu den sogenannten „Teuerungskrawallen“.

Mit Karl Graf Stürgkh wird die Regierung von einem deklarierten Gegner des allgemeinen Wahlrechts angeführt. Mithilfe des Notverordnungsparagraphen (§14) wird das Abgeordnetenhaus gefügig gemacht und de facto sogar übergangen. Im März 1914 schließt die Regierung Stürgkh die Sitzung des Reichsrats und lässt bis zum Kriegsausbruch keinerlei Bereitschaft erkennen, zu einer parlamentarischen Praxis zurückzukehren. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erstreckt sich auch den letzten Keim der von der Sozialdemokratie „frisch“ erkämpften neuen demokratischen Ansätze. Auf die dem Kriegsausbruch politisch folgende „Kriegsdiktatur“ im Inneren, die nicht nur die verfassungsmäßigen Grundrechte aufhebt, sondern auch die Repressions- und Sanktionsmittel erheblich verschärfte, erweist sich nicht nur die

österreichische Sozialdemokratie nicht gut vorbereitet.

Diesen und weiteren spannenden Aspekten der sozialdemokratischen Politiken in Europa im Angesicht des Ersten Weltkrieges versucht die Ausstellung im „Waschsalon“ auf den Grund zu gehen. Ein Besuch lohnt sich. ■

Sonderausstellung:

„Die Sozialdemokratie zieht in den Krieg“
11. 9. 2014–26. 4. 2015

A-1190 Wien,
Waschsalon Nr. 2
Karl-Marx-Hof,
Halteraugasse 7
Öffnungszeiten: Do. 13–18
Uhr, So. 12–16 Uhr
sowie für Gruppen nach
Vorankündigung
Tel. +43 (0)664/885 40 888
E-Mail: info@dasrotewien-
waschsalon.at
www.dasrotewien-
waschsalon.at



Gratulation, lieber Ali!

Am 11. Juli 2014 wurde Alfred Kohlbacher, dem langjährigen und engagierten Mitglied des Bundes- und des Landesvorstandes Wien, für sein vehementes und unermüdliches politisches und kulturelles Engagement der Berufstitel Professor verliehen.

Auszug aus der Dankesrede

„Vor gut einem Jahr fragte mich der damalige, inzwischen leider verstorbene Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, ob ich bereit wäre, den Titel eines Professors anzunehmen. Diese Frage stürzte mich in eine arge Verlegenheit und ich erbat mir Bedenkzeit. (...) Die politische Erziehung durch meine klassenbewussten Eltern und meine eigene Wahrnehmung bereits als Kind führten zu einer Skepsis bis Ablehnung von Orden und Auszeichnungen. (...) So wie jeder Mensch, freue auch ich mich, wenn es für gute Arbeit Lob gibt. Und so hielt ich es wie der große Komponist Johannes Brahms, der sagte: „Ich halte nichts von Auszeichnungen und Orden. Wenn ich dann doch einen bekomme, freut es mich.“ (...) Ich war und bin der Überzeugung, dass das kleine Glück der Familie, das Glück mit seinen Lieben nicht gesichert ist, wenn die Gesellschaft, die Welt nicht in Ordnung ist. Daher meine ich, dass man zur Lösung gesellschaftlicher Probleme in Österreich und in der Welt ebenso beitragen muss wie zum Gedeihen des kleinen Glücks.“

Im Bundeskanzleramt waren zahlreiche Mitglieder unseres Bundes vertreten sowie Mitglieder der Wiener Landesregierung und als Vertreter der Bundesregierung Kanzleramts- und Kulturminister Josef Ostermayer. Dieser würdigte in seiner Begrüßung und bei der Übergabe der Urkunde Genossen Kohlbacher mit folgenden Worten:

„Alfred Kohlbacher ist eine in seiner Vielseitigkeit absolut beeindruckende Persönlichkeit. Ob er sich mit dem verbrecherischen Charakter des NS-Regimes, mit Rechtsextremismus, internationalen demokratiefeindlichen Tendenzen oder mit Anliegen der internationalen Solidarität und sozialen Gerechtigkeit auseinandersetzt, Alfred Kohlbacher hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, gegen Unrecht anzukämpfen, und hat dabei auch ein großes politisches Engagement bewiesen. In zahlreichen Seminaren und Diskussionsveranstaltungen gibt er sein reiches Wissen um internationale Politik und Zeitgeschichte an interessierte Erwachsene weiter. Auf diese Weise hat Alfred Kohlbacher über viele Jahre hinweg ge-



Professor Ali Kohlbacher bei der Verleihung des Berufstitels mit Bundesminister Josef Ostermayer

sellschaftlich relevantes Wissen vermittelt. Menschenrechte – vor allem das Recht auf Bildung –, Demokratie und soziale Gerechtigkeit stehen stets im Vordergrund. Es ist mir daher eine große Ehre, Alfred Kohlbacher für sein langjähriges politisches und kulturelles Engagement – nicht zuletzt im Bildungsbereich – mit dem Berufstitel Professor auszuzeichnen.“

Mit sehr persönlichen Worten und treffenden Zitaten aus der Klassik (u. a. Schiller, Don Carlos) zeichnete der Laudator, Dr. Ger-

hard Schmid, die Stationen von Genossen Kohlachers Leben nach. Die Veranstaltung wurde durch lateinamerikanische Musik begleitet, somit auch hier der direkte Bezug zu den vielen Interessen und beruflichen Positionen von Ali Kohlbacher.

In seiner Dankesrede dankte Ali Kohlbacher seiner Familie, die er doch manchmal hintanstellte, alles gemäß seines Credo: „Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden!“

Annemarie Hopfgartner ■

Zur Person Ali Kohlbacher

Alfred Kohlbacher wurde im Jahr 1935 in Salzburg in einer ArbeiterInnenfamilie geboren. Er studierte zunächst Architektur und war lange Jahre im Bereich der Raumplanung aktiv. Nach seiner Tätigkeit als Konsulent der Stadt Wien leitete er von 1971 bis 1995 die Abteilung Raumplanung und Regionalpolitik im Bundeskanzleramt. Neben seinen vielfältigen Aufgaben entfaltete

er zahlreiche entwicklungspolitische Aktivitäten. So war er unter anderem Mitbegründer und langjähriger Präsident der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft (1994–2003), Mitglied des entwicklungspolitischen Beirats der Österreichischen Volkshilfe und ist noch immer tätig als Vorstandsmitglied des Österreichischen Nord-Süd-Instituts oder als stellvertreten-

der Vorsitzender des Vereins für internationale Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit, mit dem er Projekte in Zentralamerika, Chile, Kuba, Israel und der Westsahara realisiert hat. Seit 1974 ist er Mitglied des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer/innen, den er auch als Vorstandsmitglied der Landesorganisation Wien und der Bundesorganisation vertritt.

Kritik an Schließtag in Mauthausen

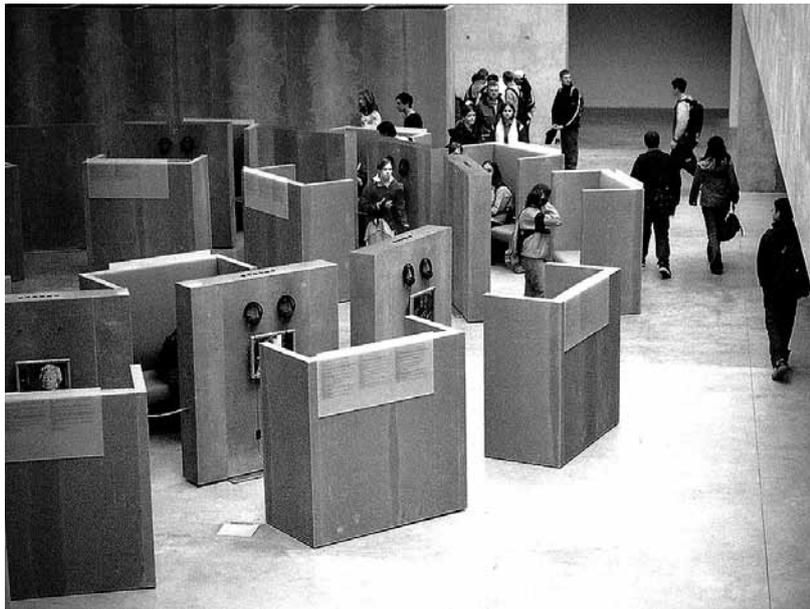
In der KZ-Gedenkstätte Mauthausen werden die Öffnungszeiten reduziert. Die Gedenkstätte soll in den Monaten November bis Februar sowie Juli bis Oktober montags geschlossen sein. So will es das Innenministerium. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe (29. September) hat Ministerin Mikl-Leitner dieses Vorhaben sogar bekräftigt. Als die Pläne bekannt wurden, übte unser Bund, in Person des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Wiener Landesvorsitzenden Gerald Netzl, umgehend Kritik, die in etlichen Tageszeitungen, Online-Medien und sogar internationalen Nachrichtenagenturen aufgegriffen wurde. Genosse Netzl zeigte sich in einer Aussendung darüber verärgert. Schließlich ist eine Verringerung der jährlichen Besucherzahlen zu befürchten. Schließtage etwa in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wä-

ren „undenkbar“. „Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist DER zentrale österreichische Erinnerungs- und Gedenkort an die Verbrechen des Nationalsozialismus, vergleichbar mit Auschwitz-Birkenau für Polen. Die öffent-

lich zugänglichen Bereiche und die Ausstellungen sollen sieben Tage die Woche geöffnet sein“, betonte Netzl. Die oberösterreichischen Grünen schlossen sich der Kritik an und bezeichneten die geplante Kürzung als

„schlicht inakzeptabel und nicht nachvollziehbar“.

Generell verfolgt der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen den „Prozess der zunehmenden Musealisierung“ des Nationalsozialismus und seiner



B.M./Stephan Maty

Geht es nach dem Innenministerium, sollen die Gedenkstätte und das BesucherInnenzentrum November bis Februar sowie Juli bis Oktober montags ihre Pforten nicht mehr öffnen

Verbrechen mit großer Skepsis. Begrüßenswert sei hingegen der Entfall der allgemeinen Eintrittsgelder, womit eine langjährige Forderung unseres Bundes, zuletzt bei der Bundeskonferenz im November 2010 beschlossen, erfüllt worden ist. Genosse Netzl hielt überdies fest, dass im Sinne der Überlebenden „ein besonderes Augenmerk speziell auf jugendliche Gedenkstätten-BesucherInnen wie Schulklassen, Lehrlingsgruppen etc. zu legen ist“. Den BesucherInnen soll auch weiterhin eine kompetente pädagogische Begleitung durch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen angeboten werden. ■

Wir gratulieren: Juli bis September 2014

98. Geburtstag: Valerie Langer, Wien. **95. Geburtstag:** Gertrude Scholz, Graz; Karl Leidenfrost, Neulengbach; Emma Sassik, Heinrich Zabinsky, Wien; Franz Heidmeier, Wolkersdorf. **94. Geburtstag:** Leopoldine Feichtinger, Linz; Heinrich Salfenauer, Salzburg; Franz Weiss, Steyr; Maria Panek, Josef Zlesak, Wien. **93. Geburtstag:** Elsa Zillinger, Linz; Adelheid Holzinger, Horst Klammerth, Leopoldine Kredba, Hildegard Wondratsch, Wien. **92. Geburtstag:** Angela Haslinger, Linz; Johann Kaplan, Walther Kölnberger, Karl Mayerhofer, Wien. **91. Geburtstag:** Elfrieda Quast, Gmünd; Erhard Pirkheim, Graz; Anna Probst, Hornstein; Bibiane Höfer, Ratten; Rosa Berger, Salzburg; Frieda Bergmann, Franz Mödlagl, Annemarie Reiss, Wien. **90. Geburtstag:** Theresia Rotpart, Linz; Otmar Emerling, Wien; Margarete Janecek, Wiener Neustadt; Wilhelm Kronewitter, Zell am See. **85. Geburtstag:** Beatrix Eypeltauer, Lieselotte Guschlbauer, Linz; Winfried Menschik, Purkersdorf; Josefine Riedl, Sankt Kanzian; Walter Breselmeier, Max Fischer, Karl Kammerer, Edith Pepper, Manfred Scheuch, Alfred Wenninger, Rudolf Zaufarek, Wien. **80. Geburtstag:** Alfred König, Hainfeld; Friedrich Stern, Innsbruck; Otmar Weidinger, Linz; Leopold Ranz, Mödling; Fritz Klapita, Josef Liegl, Cornelia Schaabl, Wien. **75. Geburtstag:** Herbert Donner, Dörfles-Weikendorf; Siegmund Lengauer, Leonding; Michael Bruscek, Markersorf; Walter Rapp, Ravelsbach; Hildegard Tacho, St. Pölten; Johann Hammer, Schwechat; Robert Wastell, Strasshof; Maria Zelloth, Völkermarkt; Werner Bayer, Rudolf Cerny, Norbert Galfusz, Edltraut Gmoser, Thusnelda Halama, Erika Hrebicek, Inge Pfitzner, Karl Pokorny, Ingeborg Rausch, Hans Peter Smejkal, Heinz Weiss, Wien; Johann Schmid, Wilhelmsburg; Ingrid Eber, Zellerndorf.

Tod einer tapferen Kämpferin

Das Ableben von Barbara Prammer (1954–2014) sorgte inner- und außerhalb der Sozialdemokratie für tiefe Betroffenheit und Bestürzung. Der oberösterreichische Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzende Peter Weidner hat einen Nachruf auf die sozialdemokratische Ausnahmepolitikerin verfasst, den wir an dieser Stelle veröffentlichen möchten.

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“ Es scheint, als ob Bert Brecht, von dem diese Zeilen stammen, unsere Freundin und Genossin Barbara Prammer, die ihr Leben lang kämpfte und für uns Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer unentbehrlich ist, gekannt hätte.

Was Barbara Prammer für unsere Anliegen in die Wege leitete und umsetzte, kann nicht genug gewürdigt werden. Wir erinnern nur an die Gedenksitzungen zum „Tag gegen Gewalt und Rassismus“ anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen im Reichsratssaal des Parlaments und dass sie bei den Befreiungsfeiern in Mauthausen immer zu uns zur Bernaschek-Gedenktafel kam und mit uns gemeinsam Richard Bernascheks und seiner vielen

ermordeten Genossen gedachte. Noch nie haben wir nach Rosa Jochmann eine Politikerin kennengelernt, die so viel für KZ-Überlebende getan hat und ihnen so wertschätzend und vor allem immer hilfsbereit begegnet ist.

Zwei Beispiele nur: Professor Rudolf Gelbard. Überlebender des Konzentrationslager Theresienstadt. Wir erinnern uns noch gut an die Rede von Barbara Prammer bei der Preisverleihung des „Rudolf-Gelbard-Preises für Aufklärung gegen Faschismus und Antisemitismus“ vor sechs Jahren im Palais Epstein. Und vor allem wie einführend Barbara Prammer bei vielen Gedenken auf Rudi Gelbard und auf sein Engagement gegen das Vergessen (zum Beispiel mit den Worten: „Ich glaube, dass es notwendig ist, immer wieder den Blick zu schärfen auf das, was wir zu sehen haben. Ich denke, Rudi Gelbard ist mir nicht böse, wenn ich ihn namentlich erwähne.“) eingeht.

Oder Käthe Sasso. Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück und des Landesgerichts I, in dem viele ihrer Kameradinnen geköpft wurden. Was Barbara für Käthe gemacht hat, kann nicht genug gewürdigt werden. Am 4. November 2013 lud Barbara Prammer zur Uraufführung des der Widerstandskämpferin Käthe Sasso gewidmeten Dokumentarfilms „Erschlag mich, ich verrate nichts!“ in den Nationalratssaal ein und würdigte die heute 88-jährige Zeitzeugin in bewegenden Worten: „Die Lebensleistung von Käthe Sasso besteht darin, dass sie durch ihr dauerhaftes Engagement ein Vorbild für die Nachkriegsgeneration ist. Sie lebt uns vor, wie Zivilcourage und Widerstand gegen die Anfänge jeder Form von Diktatur und Menschenverachtung notwendig sind, um eine Gesellschaft aufzubauen, die auf unseren gemeinsamen Werten Demokratie, Menschenrechte und Freiheit beruht.“

Barbara Prammer war vor allem eine zutiefst solidarische Genossin, die den wohl höchsten sozialdemokratischen Wert, die Solidarität, nicht nur am 1. Mai oder 12. Februar den Genossinnen und Genossen ans Herz legte. Sie lebte ihn jeden Tag vor. Barbara Pram-



mer war jahrzehntelanges Mitglied unseres Bundes und wurde von uns mit unserer höchsten Auszeichnung, der Otto-Bauer-Plakette, geehrt. Für unseren Bund war sie mit ihrem Auftreten gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Ausgrenzung der sicher wichtigste Anker. Leider werden wir unsere Freundin in Zukunft, zum Beispiel bei Angriffen auf die Demokratie, nur

Bei der offiziellen Trauerfeier vor dem Parlament würdigte Bundespräsident Heinz Fischer die verstorbene Nationalratspräsidentin als „beeindruckende Persönlichkeit unseres Landes“, die „als große Frau in die Geschichte eingehen wird“.



Würdiger und ergreifender

Bei der offiziellen Trauerfeier vor dem Parlament haben rund 2.000 Gäste und 600 Ehrengäste aus dem In- und Ausland Abschied von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer genommen. Die RednerInnen würdigten insbesondere Prammers Engagement für die Demokratie, für Minderheiten und Frauenrechte. „Wir alle können stolz auf sie sein“, schloss Bundespräsident Heinz Fischer seine Abschiedsrede.

„Wir danken dir, liebe, gute, tapfere Barbara.“ Der Bundespräsident erinnerte auch an den „bewundernswerten und mit Recht bewunderten Weg“, wie Prammer mit ihrer Krebserkrankung umgegangen war.

SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann strich in seiner Abschiedsrede Prammers Werthaltung hervor: „Demokratie, Menschenrechte und ein

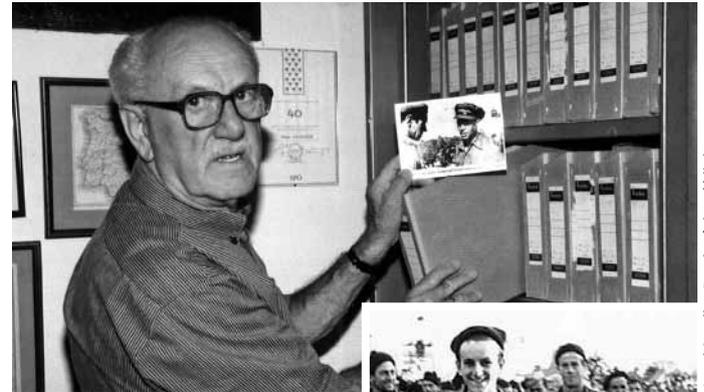


Ein Antifaschist der Tat

Hans Landauer (1921–2014) hat im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus gekämpft, das KZ Dachau überlebt und sein Leben der Aufklärung von NS-Verbrechen, dem aktiven Antifaschismus und der lebendigen Erinnerungskultur verschrieben. Sein Tod hat tiefe Bestürzung ausgelöst.

Mit Hans Landauer verliert die gesamte Republik einen wichtigen Kämpfer gegen Unrecht und Unmenschlichkeit, für Freiheit und Demokratie. Wir verneigen uns vor diesem großen Antifaschisten und werden sein unverzichtbares Wirken für die gemeinsame Sache stets in respektvoller Erinnerung behalten und weitertragen“, betonte unser Bundesvorsitzender Johannes Schwantner. Landauer hat für eine bessere Welt sein Leben aufs Spiel gesetzt, sich im Kampf gegen NS-Seilschaften anno 1945 in Österreich auch vom größten Widerstand nicht beeindruckt lassen und den 1.380 österreichischen Spanienkämpfern mit seiner akribischen historischen Arbeit auch in Form eines Lexikons gemeinsam mit Erich Hackl ein Denkmal gesetzt. Zudem hat der Interbrigadist Landauer auch die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen mit Vorträgen und seiner historischen Expertise unterstützt.

Hans Landauer, geboren 1921, kämpfte ab Mitte 1937 auf Seiten der Internationalen Brigaden. Nach Ende des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) wurde er in Frankreich interniert, im November 1940 in Paris festgenommen und befand sich vom Juni 1941 bis zur Befreiung 1945 im KZ Dachau in Haft. Nach Kriegsende war er in Österreich, auf Zypern und im Libanon im Polizeidienst tätig. Im DÖW baute er die Spezialsammlung Spanien-Dokumentation auf. Waren zu Beginn seiner Tätigkeit Doku-



DÖW, Spanien-Dokumentation (Aufnahme: Agustí Centelles, Barcelona), <http://clip.iccm.es>

mente über rund 50 ehemalige Spanienkämpfer in den allgemeinen Beständen des DÖW vorhanden, umfasst die Spanien-Dokumentation nunmehr Quellenmaterial über mehr als 1.000 ÖsterreicherInnen im Spanischen Bürgerkrieg. Rund 400 Personen sind über Hinweise erfasst. Die Sammlung wird durch die Spezialbibliothek Spanischer Bürgerkrieg ergänzt. Hans Landauer war auch auf publizistischem Gebiet tätig und veröffentlichte unter anderem gemeinsam mit Erich Hackl das Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer (2003, 2. erw. u. verb. Aufl. 2008) sowie das Album Gurs. Ein Fundstück aus dem österreichischen Widerstand (2000).

WEBTIPP: Das von Landauer maßgeblich mitgestaltete Spanienarchiv ist – aktualisiert und erweitert – auf der Webseite

Hans Landauer (im Vordergrund) bei der Verabschiedung der Internationalen Brigaden am 28. Oktober 1938 in Barcelona. Seine späteren Beiträge zur Erinnerung an die Spanienkämpfer sind ein unverzichtbarer Bestandteil antifaschistischer Erinnerungskultur.

des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (www.doew.at/erinnern/biographien/spanienarchiv-online) zu finden. 1.400 Kurzbiografien, ergänzt durch Dokumente und über 1.500 Fotos, können dort nachgelesen werden.

Auszug

Für die 2006 erschienene Broschüre „Spanienkämpfer aus Liesing“ hat Hans Landauer einen Beitrag für die Freiheitskämpfer/innen verfasst. Einige Passagen seien hier wiedergegeben: „Der Rechtstrend in Europa schien unaufhaltsam. Nur Spanien stellte sich, mit dem Stimmzettel, gegen diesen Trend. (...) Nun gab es aber – was heute für viele Menschen unverständlich ist – auch auf Seiten der Republik Freiwillige, darunter etwa 1.400 Österreicher. Die ersten Freiwilligen aus Österreich trafen bereits Ende Juli 1936 in Spanien ein. Sie waren Teil einer ungeahnten weltweiten Welle der Solidarität mit der Spanischen Republik. (...) Ein besonderes Kapitel der österreichischen Freiwilligen stellten die ehemaligen Schutzbündler dar, welche nach den Februarkämpfen 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion und von dort nach Spanien gekommen waren. (...)“

Barbara Prammer hat sich stets für Demokratie, für Minderheiten und für Frauenrechte eingesetzt

Parlamentsdirektion/Wilke

noch zitieren können. Aber auch das wird uns schon eine sehr große Hilfe sein.

Liebe Barbara, wir müssen Abschied nehmen von Dir. Wir werden an Dich denken, manches Mal von Dir träumen und Du wirst weiterhin zu unserem Leben gehören. Wir werden Dich sehr vermissen, aber nie vergessen! ■

Abschied

Miteinander waren ihre unumstößlichen Prinzipien. Durch ihren Tod verliert die Republik eine Leitfigur der Demokratie.“ Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die 2009 von Prammer den Vorsitz der SPÖ-Frauen übernommen hatte, blickte auf „gemeinsame Jahre, geprägt von Vertrauen und Unterstützung“ durch ihre „Freundin und Mentorin“, zurück.



Seit 1981 informieren in Neuengamme Ausstellungen über die Geschichte des Lagers. Im Jahr 2005 wurde die Gedenkstätte in erweiterter Form als Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrums eröffnet.



Neuengamme

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Südosten von Hamburg erinnert am historischen Ort an die über 100.000 Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs Häftlinge des größten Konzentrationslagers in Nordwestdeutschland waren. Gerald Netzl hat die Gedenkstätte und die dazugehörigen Ausstellungen besucht.

In Neuengamme selbst, in den Außenlagern und im Zuge der Lagerräumungen bei Kriegsende starben mindestens 42.900 Menschen. Der Ort war geprägt durch eine sehr enge Verflechtung von Stadt und Lager, durch wirtschaftliche Interessen der Hansestadt und Übereinkünfte mit der SS. Seit Oktober 1981 informieren Ausstellungen über die Geschichte des Lagers – die Durchsetzung war ein langwieriger, von großen Widerständen begleiteter Prozess. Im Mai 2005 wurde die Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Häftlingslagers in erweiterter Form als Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrums eröffnet.

Ende 1938 errichtete die SS in einer stillgelegten Ziegelei ein Außenlager des KZ Sachsenhausen, das im Frühsommer 1940 verstärkt und dann als

eigenständiges KZ direkt der Inspektion der Konzentrationslager unterstellt wurde. Im Verlauf des Krieges deportierten die Gestapo und der Sicherheitsdienst der SS zehntausende Menschen aus allen besetzten Ländern Europas nach Neuengamme. Gründe für die Einweisung waren zumeist ihr Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft, Auflehnung gegen Zwangsarbeit oder rassistisch motivierte Verfolgung.

In der lagereigenen Klinkerziegelfabrik, auf Baustellen und bei Rüstungsfirmen in ganz Norddeutschland mussten die Häftlinge Schwerstarbeiten für die Kriegswirtschaft leisten. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren mörderisch. 1942 wurden die Häftlinge vermehrt in der Rüstungswirtschaft eingesetzt. Eine perfide Grausamkeit, unter Lebensbedrohung Waffen für eine

Wehrmacht herstellen zu müssen, deren Kampf die eigene Haft verlängert. Unter den Häftlingen in Neuengamme waren auch 300 Österreicher, überwiegend politische, sowie einige, die den grünen Winkel tragen mussten.

Neben der Hauptausstellung „Zeitspuren: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945 und seine Nachgeschichte“ sind eine Studienaussstellung „Dienststelle KZ Neuengamme: Die Lager-SS“ und zwei Ergänzungsausstellungen über die „Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion“ und „Arbeit und Vernichtung: KZ-Zwangsarbeit in der Ziegelproduktion“ zu sehen. Sämtliche Ausstellungen werden in Gebäuden aus der Zeit des Konzentrationslagers gezeigt. Sie sind alle sehr gelungen und zumeist viersprachig (!) beschildert.

Das Gelände umfasst 57 ha, sodass man für einen Besuch einen ganzen Tag einplanen sollte. Im Zentrum der Ausstellungen steht die Beschreibung der Herrschaftstechnik der SS, des Prozesses der

Dehumanisierung und des Leidens der Häftlinge, das für die Überlebenden mit der Befreiung im Mai 1945 oftmals nicht endete. Bis heute wirkt das Geschehen in den Familien und im öffentlichen Gedächtnis nach. Unbedingt erwähnt werden muss der umfassende, sehr ansprechend gestaltete zweibändige Katalog mit Texten, Fotos und Dokumenten der Hauptausstellung zur Geschichte und Nachgeschichte des KZ Neuengamme sowie zu den ergänzenden Ausstellungen.

Drei weitere sehenswerte Gedenkstätten, die an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme angegliedert sind und hier auch erwähnt werden sollen, befinden sich in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs: Gedenkstätte Bullenhusener Damm und Rosengarten für die Kinder vom Bullenhusener Damm, Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945 und Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel. Diese Gedenkstätten, die vergleichsweise klein, aber deshalb nicht weniger sehenswert sind, haben allerdings nur sonntags geöffnet. ■

Dokumentationszentrum Nürnberg

Ein Ausflugstipp der Salzburger Freiheitskämpfer/innen. Das Nürnberger Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen NS-Reichsparteitagsgelände befasst sich in einer Dauerausstellung mit den Ursachen, Zusammenhängen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Es bietet

zahlreiche Bildungsangebote für alle Altersgruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen.

Dabei stehen jene Themen, die einen direkten Bezug zu Nürnberg aufweisen, im Mittelpunkt der 19 chronologisch strukturierten Ausstellungsbereiche: die Geschichte der Reichspartei-

tage, die Bauten des Reichsparteitagsgeländes, die „Nürnberger Gesetze“ von 1935, der „Nürnberger Prozess“ gegen Hauptverantwortliche der NS-Verbrechen 1945/46 und seine zwölf Nachfolgeprozesse sowie der schwierige Umgang mit dem nationalsozialistischen Architekturerbe nach 1945. ■



FK Salzburg



Hadamar

Die Gedenkstätte Hadamar liegt nordwestlich von Frankfurt am Main und erinnert an die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Verbrechen. Die Ausstellung aus dem Jahr 1991 steht vor einer Modernisierung.

In den Jahren 1940 und 1941 wurden im „Dritten Reich“ in der sogenannten Aktion T4 systematisch mehr als 70.000 Menschen mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen ermordet (der Name leitet sich von der Berliner Adresse Tiergartenstraße 4 her). Eine der sechs Tötungseinrichtungen befand sich in Hadamar. Bekannt ist in unserem Bund natürlich Schloss Hartheim bei Linz als Mordort in der „Ostmark“.

Auf Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 wurden zwischen 1934 und 1945 etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Noch wurde nicht gemordet, dieser Schritt wurde mit Kriegsbeginn gesetzt. Ort des

Verbrechens in Hadamar war die Landesheil- und Pflegeanstalt. In ganz Deutschland wurden behinderte Menschen von Ärzten begutachtet, „selektiert“ und dann für die Tötung bezeichnet.

Nach einer internen T4-Statistik wurden in der Tötungsanstalt Hadamar in nur acht Monaten zwischen Jänner 1941 und dem September 1941 insgesamt 10.000 Menschen durch Kohlenmonoxid ermordet, in der Sprache ihrer Mörder: „desinfiziert“. Die Menschen wurden in einem als Duschaum getarnten ca. 12 m² großen Kellerraum ermordet und ihre Leichen in einem angrenzenden Krematorium verbrannt. Das Kohlenmonoxid wurde Flaschen entnommen, wobei es Ärzte waren, die den Gashebel umlegten.

Aufgrund kirchlicher Proteste, hier ist zuvorderst der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, zu nennen, wurde die zentrale Tötungsaktion eingestellt, allerdings wurden in einer zweiten Phase in Hadamar Menschen durch gezieltes Verhungernlassen und Giftspritzen ermordet. Unter ihnen traumatisierte Wehrmachtssoldaten und Bombengeschädigte, GeriatriepatientInnen, polnische und sowjetische ZwangsarbeiterInnen sowie jüdische „Mischlingskinder“ (4.400 weitere Opfer).

Die aus dem Jahr 1991 stammende Ausstellung ist ein wenig in die Jahre gekommen, trotzdem sehenswert. Sie soll bald durch eine moderne Ausstellung ersetzt werden. Eine Besonderheit ist die als einzige erhalten gebliebene Busgarage, die im Hof der Gedenkstätte steht und in die Ausstellung eingebunden ist. Jedes Jahr kommen ca. 16.000 Besu-



Das Mahnmal auf dem Friedhof der Gedenkstätte

cherInnen in die Gedenkstätte, unter ihnen viele Studierende von Gesundheits- und Pflegeberufen, und informieren sich über die Nazi-Verbrechen. Noch in diesem Jahr soll ein gemeinsamer Folder aller sechs Gedenkstätten der Aktion T4 erscheinen. ■

Studienkreis deutscher Widerstand

1967 wurde in Frankfurt am Main der „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945“ gegründet. Mit dem dazugehörigen Dokumentationsarchiv widmet er sich der Wahrnehmung und Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Zu den Gründungsmitgliedern des Studienkreises gehörten vor allem WissenschaftlerInnen, ehemalige WiderstandskämpferInnen und Opfer der Nazi-Diktatur. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört es, den antifaschistischen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in seinem gesamten politischen und sozialen Spektrum zu erforschen und vor allem die in der Öffentlichkeit wenig beachteten oder ausgeklammerten Aspekte des proletarischen Widerstands bekannt zu machen. Die alte Bundesrepublik fokussierte

bekanntlich auf den bürgerlichen und kirchlichen Widerstand gegen Hitler (zum Beispiel auf Stauffenberg).

An drei Tagen in der Woche ist das „Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstands“ für alle geöffnet, die Informationen und Erkenntnisse über den antifaschistischen Widerstand, über NS-Verfolgung, Zwangsarbeit, das NS-Lagersystem und über die verschiedenen Opfergruppen der Nazidiktatur suchen. Umfangreiche wissenschaftliche Literatur, Schrift- und Bilddoku-

mente, darunter auch Interviews mit ehemaligen WiderstandskämpferInnen, wissenschaftliche Beratung, Gespräche mit ZeitzeugInnen, die Vermittlung von Kontakten – das alles gehört zu den Leistungen, die das Dokumentationsarchiv seinen BesucherInnen für ihre unterschiedlichsten Vorhaben anbietet.

Besonders interessant und vorbildhaft sind die lokalgeschichtlichen Forschungen und Publikationen. Die Schwerpunkte der Forschungs- und Dokumentationsstätigkeit des Studienkreises haben sich im Laufe der Jahrzehnte geändert, sie versuchten aber immer, ein Korrektiv zur selektiven Widerstandswahrnehmung durch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu sein. Stand anfangs der Widerstand

aus der ArbeiterInnenbewegung im Mittelpunkt der Forschung, so kamen später die Erforschung der Widerstandsgeschichte anderer wenig beachteter Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Jüdinnen/Juden und Zeuginnen/Zeugen Jehovas hinzu.

Wie sich zeigt, gab es eine gewisse Vorbildwirkung des DÖW, so war Herbert Steiner bei der Gründung des Studienkreises dabei. Finanziell und personell ist das DÖW allerdings weit besser ausgestattet: In Frankfurt gibt es nur einen Angestellten, dieser wird von 20 Ehrenamtlichen unterstützt.

WEBTIPP: Weiterführende Informationen gibt es unter www.widerstand-1933-1945.de. ■



Erinnerungszeichen in Klagenfurt

Für zwölf Klagenfurterinnen und Klagenfurter, darunter ein vierjähriges Mädchen, die die Nazis ermordeten, wurden in Klagenfurt Gedenksteine verlegt. Ein würdiges Zeichen gegen das Vergessen.

Ich war noch ein kleiner Bub, mein jüngerer Bruder nur wenige Wochen alt, als die Gestapo-Leute bei uns in der Küche gestanden sind und den Vater geholt haben. Er hat sich nicht einmal mehr Schuhe anziehen können ...“ Karl Strauß jun. erinnert sich noch heute an jenen Tag, als sein Vater brutal abtransportiert wurde – und nie mehr zurückkehrte. Viele Klagenfurterinnen und Klagenfurter erlitten in der Zeit des Nationalsozialismus ein ähnliches Schicksal, wurden wegen ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer politischen Gesinnung oder einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung in Straflager deportiert oder in Konzentrationslagern ermordet.

Mit „Stolpersteinen“ setzte nun die Landeshauptstadt Klagenfurt

auf Initiative der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft und des Erinnerungsbeirats der Stadt, dem auch unser Kärntner Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzender Prof. Jobst angehört, ein weiteres würdiges Zeichen. Jeder Stein steht für einen Menschen, für ein grauenhaftes Schicksal. Es sind Erinnerungssteine nach einem Zitat aus dem Talmud: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“ In Klagenfurt wurden bereits im Frühjahr 2012 erstmals Stolpersteine verlegt – jetzt, in der zweiten Phase, sind es zwölf weitere, die Menschen und ihr Schicksal unvergessen machen sollen. Der Bürgermeister betonte die internationale Bedeutung dieses Erinnerungsprojektes: „Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat bereits mehr als 35.000 Stolpersteine



Der Künstler Gunter Demnig bei der Verlegung vor dem ÖGB-Haus in Klagenfurt in Erinnerung an Stefanie Laimgruber. Stehend/Mitte: Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner

in ganz Europa gesetzt. Auch unsere Initiative hat sich weit über die Grenzen des Landes herumgesprochen. Wir begrüßen heute Angehörige von Opfern bei uns, die aus Israel angereist sind, und auch eine Abordnung aus der Partnerstadt Dachau ist gekommen, um diesem Akt des Gedenkens beizuwohnen.“

Initiatorin GR Sieglinde Trannacher (Österreichisch-Israelische Gesellschaft) dankte der Klagenfurter Stadtregerung für die Un-

terstützung in allen Belangen der Gedenkkultur sowie allen, die sich an der Realisierung der Gedenkveranstaltung beteiligt haben. Besonders hervorgehoben wurde die 7C-Klasse des Ingeborg-Bachmann-Gymnasiums: Die Schülerinnen und Schüler haben ihr Taschengeld für den Stolperstein vor dem Haus von Walter Tollinger gespendet und sind somit engagierte Paten des Projekts. Ein wohlthuendes Zeichen, dass sich die Jugend für Erinnerungskultur engagiert. ■

Gedenktafel erinnert an ermordete Post-Mitarbeiter

Seit Montag gibt es wiederum eine moderne Gedenktafel an die ermordeten Widerstandskämpfer beim Hauptpostamt St. Pölten. Enthüllt wurde die modern gestaltete Tafel von Bürgermeister Matthias Stadler und dem zuständigen Post-Vertriebsleiter Herrn Josef Hofbauer sowie der Leiterin des Institutes für jüdische Geschichte in Niederösterreich, Martha Keil.

Die Gedenktafel, ursprünglich aus Marmor und bei den Umbauarbeiten verloren gegangen, wurde nach mehr als einem Jahrzehnt von der Designerin Mag. Doris Zichtl zeitgenössisch gestaltet. Sie erinnert an fünf Arbeiter der Post, die für verelendende Familien von Inhaftierten während des NS-Regimes Geld sammelten und dafür als Hoch-

verräter in den Konzentrationslagern oder beim Massaker in Krems-Stein hingerichtet wurden.

Bei der Gedenkfeier, die von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen St. Pölten

organisiert wurde, waren auch Hinterbliebene und Angehörige von ermordeten Widerstandskämpfern anwesend. Der Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen im Bezirk St. Pölten, Harald Ludwig, freute sich, dass mit

der neuen Tafel am Hauptpostamt St. Pölten nicht nur die Namen, sondern auch das Schicksal der Männer und Frauen, die für Freiheit und Menschlichkeit ihr Leben geopfert haben, dem Vergessen entrissen wurden. ■



Visual Merchandising Manager Josef Hofbauer, Dr. Martha Keil und Bürgermeister Mag. Matthias Stadler bei der Enthüllung der neuen Gedenktafel am Hauptpostamt St. Pölten



Gedenkstein für die Goldegger Deserteure

Am 8. August wurde der Gedenkstein für die Wehrmachtsdeserteure im Salzburger Goldegg enthüllt. Der Stein, welcher vom Kapruner Bildhauer Anton Thuswaldner entworfen wurde, ist allen Opfern der NS-Verfolgung um den 2. Juli 1944 gewidmet.

Die historischen Ereignisse im Überblick: Am 2. Juli 1944 geriet die Gemeinde Goldegg zu einer der markantesten Stätten des NS-Terrors im Bundesland Salzburg. Eine Gruppe von Bauernsöhnen hatte zuvor den Kriegsdienst verweigert und kehrte daraufhin nicht mehr an die Front zurück. Nachdem lange Zeit vergeblich versucht worden war, die „Fahnenflüchtigen“ zu ergreifen, geriet eine Aktion der SS im Großraum Goldegg am 2. Juli zu einer grausamen Menschenjagd. Mehrere Männer wurden erschossen, über 50 weitere Personen verhaftet und teilweise später in Konzentrationslagern hingerichtet.

Der leitende Gestapo-Beamte für den Gau Salzburg, Dr. Hu-

bert Hueber, schilderte in einer Vernehmung vor Gericht im Jahr 1947 den Ablauf der Vorbereitungen folgendermaßen: „Ende Juni 1944 bekam ich vom SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner den mündlichen Auftrag mit einer Einsatztruppe von SS-Leuten [...] gegen Fahnenflüchtige im Gebiete von Goldegg in den Einsatz zu gehen. Nach Zusammenziehung von Kripo und Gestapo-Leuten in der Stärke von ca. 70 Mann übernahm ich befehlsgemäß die Leitung bei dieser Aktion.“

In Österreich wurde die positive Rolle von Deserteuren für die Befreiung Österreichs stets bewusst verschwiegen. Sie wurden von später heimkehrenden und regimetreuen Soldaten sowie



RI Salzburg

Der Gedenksteinlegung wohnten mehr als 150 Gäste bei – darunter SPÖ-Landesparteivorsitzender Walter Steidl, LAbg. Bürgermeister Andreas Haitzer, LAbg. Ingrid Riezler und Abg. z. NR a. D. Johann Maier

ehemaligen Kriegsgefangenen verachtet. Widerstandsaktivitäten wurden totgeschwiegen, da diese die MitläuferInnen infrage stellten. So werden Deserteure bis heute mitunter als „Verräter“ diffamiert.

So kritisierte der bekannte Salzburger Historiker Michael Mooslechner schon früh, dass

beispielsweise in der offiziellen Goldegger Gemeindechronik die Deserteure der Region als „Landplage“ bezeichnet werden, was an den NS-Jargon erinnert.

WEBTIPP: Weitere Informationen finden sich auf der Seite www.goldeggerdeserteure.at.

Gedenktafel für Heinz Mayer

Die Vinzenzgemeinschaft Waldhüttl und der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en Tirol haben am 1. September, dem Antikriegstag und fünf Jahre nach dem Tod von Heinz Mayer, beim Waldhüttl (Schloss Mentlberg) eine Gedenktafel enthüllt.

Heinz Mayer (1917–1999) hat während der NS-Zeit vom Waldhüttl aus für die Freiheit Österreichs gekämpft, ist für seine Überzeugung im KZ Buchenwald inhaftiert gewesen und hat nach der Wiedererrichtung Österreichs allen Naziopfern in Tirol eine große

Stimme gegeben. Mayer war unter anderem Präsident des Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol, Vizepräsident des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), Vizepräsident der Aktion gegen Antisemitismus, Gründungs- und Präsidiumsmitglied der Arbeitsgemeinschaft vaterlandstreuer Verbände Tirols, DÖW-Vorstandsmitglied.

75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und 15 Jahre nach dem Tod von Heinz Mayer haben die Freiheitskämpfer/innen Tirol mit dieser Veranstaltung ein würdiges Zeichen der Erinnerung gesetzt. ■

Suevia-Denkmal: Erbärmliches und schäbiges Schauspiel

Die Freiheitskämpfer/innen Tirol organisieren seit Jahren im Jüdischen Friedhof/Westfriedhof in Innsbruck Gedenkveranstaltungen zur Pogromnacht. Wiederholt und öffentlichkeitswirksam haben die GenossInnen auf die unerträgliche und unerhörte Ehrung eines SS-Mörders mit Kontakten zur schlagenden Burschenschaft Suevia hingewiesen. Nun hat die schlagende Verbindung auf der Rückseite des Denkmals einen sogenannten QR-Code (das sind kleine Symbole, die mit Handy gescannt werden können und automatisch zu einer Internetseite weiterleiten) zur Erklärung versteckt und durch ihren Obmann ausgerichtet, „man könne die

Sache nun zu den Akten legen“.

„Es ist erbärmlich und schäbig, wie die Suevia mit der Nazi-Vergangenheit umgeht“, stellte der Tiroler Freiheitskämpfer/innen-Vorsitzende Helmut Muigg entrüstet fest. Schließlich besitzt nicht jede/-r ein Smartphone. Muigg fordert nun die Stadt Innsbruck auf, neben dem Denkmal eine Tafel mit den notwendigen Erklärungen zur Pogromnacht und zur Rolle des Suevia- und SS-Mitglieds Gerhard Lausegger aufzustellen. „Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen ist bereit, sich an den Kosten dafür zu beteiligen. Gespräche mit der Suevia sind aufgrund der Vorgeschichte aber sinnlos“, so Muigg. ■



Gedenktreffen der Kärntner Partisanen

Hoch über Eisenkappel beim ehemaligen Peršmanhof auf 1.000 m Höhe fand Ende Juni das Gedenktreffen der ehemaligen Kärntner Partisanen statt. An die 300 waren gekommen.

Der gemischte Chor MATO aus Crna/Slowenien, vor dem eindrucksvollen Partisanendenkmal stehend, leitete mit Partisanenliedern die Gedenkkundgebung ein. Nach der Begrüßung der Gäste, darunter die Grüne Landesrätin Barbara Lesiak (LH Peter Kaiser musste kurzfristig absagen, übermittelte jedoch Grüße), legten die verschiedenen Delegationen Kränze beim wiedererrichteten Partisanendenkmal nieder. Das Denkmal stand früher in Völkermarkt, wurde aber von „unbekannten Tätern“ gesprengt.

Die erste Gedenkrede hielt Univ.-Prof. Dr. Jože Pirjevec, Historiker an den Universitäten Koper und Triest, Mitglied der Slowenischen Akademie und Mitglied des Rates des Veteranenverbands ehemaliger Partisanen. Auf Einladung von Präsident François Hollande nahm er am 6. Juni zusammen mit einer Delegation des Veteranenverbands an den großen Feierlichkeiten anlässlich der 70. Wiederkehr des Jahrestags der Landung der

Alliierten in der Normandie teil. Mit der Einladung zur Teilnahme der Delegation wurde erstmals der Beitrag der jugoslawischen Partisanen zur Befreiung Europas von der Nazibarbarei in diesem Rahmen gewürdigt. Pirjevec in seinem Schlusswort: „Ich dachte an die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die auf der Ehrentribüne einige hundert Meter von uns stand, dass sie sich nicht wohl-

fühlen könne. Gleichzeitig wurde mir klar, dass sie und mit ihr das deutsche Volk die Schrecken des Nazismus zugeben, sie verurteilen und die Werte mit jenen teilen, die im Zweiten Weltkrieg siegten. Versöhnung ist nur auf dieser Grundlage möglich.“

Nächster Redner war das Mitglied des Bundesvorstands der Freiheitskämpfer/innen Ali Kohlbacher. Er dankte für die Einladung und überbrachte die solidarischen Grüße unseres Bundes. Seine Worte nahmen auf die aktuellen rechtsradikalen, rassis-

tischen und neonazistischen Umtriebe in Österreich und Europa Bezug, die seit den spürbaren sozialen Auswirkungen der kapitalistischen Krise sprunghaft zugenommen haben. Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben rechtsextremen Parteien starke Gewinne gebracht. Es liege nun an allen AntifaschistInnen, die politisch Verantwortlichen aufzufordern, durch eine sozialgerechte Wirtschaftspolitik den rechten Verführern den Boden zu entziehen und gegen rechtsradikale und neonazistische Umtriebe konsequent vorzugehen.



Partisanenabteilung in den Kärntner Bergen: Die beiden Kreuze kennzeichnen zwei französische Fallschirmspringer, die in der Nähe von Bleiburg von den Partisanen gerettet wurden

DÖW Foto 152

Das Peršman-Museum (zu dessen Neugestaltung auch die Freiheitskämpfer/innen beigetragen haben) sei, so Kohlbacher, mit der Präsentation der Geschichte der Verfolgung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten durch die Nazis nicht nur ein Ort des Gedenkens, sondern auch ein Ort der Mahnung und des Lernens. „Die jährlich stattfindenden Gedenktreffen des Kärntner Partisanenverbands und das Museum Peršman sind besonders geeignet, die in Kärnten von offizieller Seite lang vernachlässigte, heute aber so dringend notwendige antifaschistische Aufklärungsarbeit zu unterstützen.“ ■

Eröffnung des Deserteursdenkmals

Am Freitag, den 24. Oktober wird das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz auf dem Ballhausplatz in Wien feierlich eröffnet. Es soll an die Opfer der NS-Militärjustiz erinnern. Der 1962 geborene deutsche Künstler Olaf Nicolai hat das Deserteursdenkmal gestaltet. Stärke, Kraft und intellektueller Überbau des Projektes von Olaf Nicolai haben die Jury damals vollends überzeugt. Sprechen werden bei der Eröffnungskundgebung unter anderem Bundespräsident Heinz

Fischer, der Ehrenobmann des Personenkomitees und Wehrmachtsdeserteur Richard Wadani sowie die Schriftstellerin Kathrin Röggla.

Das Deserteursdenkmal soll ein Ort des mahnenden Erinnerns sein. Hier soll jener mutigen Frauen und Männer gedacht werden, die sich der Verfolgung durch die Wehrmachtsjustiz widersetzen und dafür vielfach mit dem Tod bezahlten. Zweitens soll das Deserteursdenkmal neben dieser emotionalen Dimen-

sion historische Informationen zur Verfolgung in Wien bereitstellen. Drittens soll das Deserteursdenkmal ein Ort der Begegnung und des Dialogs sein. „Ein Ort, der zum Verweilen einlädt, ein Ort der Intervention in den öffentlichen Raum. Ein solcher Platz muss zentral gelegen sein und Bezüge zu den historischen Orten der Verfolgung in den Wiener Bezirken bieten. Wien war neben Berlin, Hamburg und Torgau eines der Zentren der Verfolgung durch die Wehrmachtsjustiz“, schreibt der Verein

„Personenkomitee Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ auf seiner Website. ■



Hier, am Ballhausplatz, entsteht das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz

Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus

Das Online-Findbuch ermöglicht die Suche nach Personen und Unternehmen in österreichischen Archivbeständen zu NS-Vermögensentziehungen und österreichischen Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen. Darüber hinaus wird auch eine Suche in digitalisierten historischen Adressbüchern und Amtskalendern angeboten.

Um die beim Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus eingelangten Anträge anhand historischer Dokumente bearbeiten zu können, haben österreichische Archive zahlreiche Daten – im Archiv Findbücher oder Findbehelfe genannt – über Aktenbestände zu NS-Vermögensentziehungen und österreichischen Entschädigungs- und Restitutionsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Diese wurden von den MitarbeiterInnen des Entschädigungsfonds im Zuge der Antragsbearbeitung zusammengeführt, teilweise ergänzt, überarbeitet oder – falls diese nur analog vorlagen – elektronisch erfasst. Die daraus entstandene Datenbank liefert die Grundlage für das vorliegende „Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus“. Zahlreiche Briefe, Telefonate und persönliche Kontakte mit in aller Welt verstreut lebenden Opfern des Nationalsozialismus und deren Nachfahren beweisen bis zum heutigen Tag das ungebrochene Interesse der Menschen, Kenntnis über das weitere Schicksal von Familienangehörigen und Bekannten zu erlangen.

Die im Findbuch enthaltenen Informationen über personenbezogene Akten in österreichischen Archiven erlauben keine Rückschlüsse auf mögliche AntragstellerInnen des Nationalfonds der Republik Österreich oder des Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus. Ziel der Veröffentlichung des – auch in englischer Version abrufbaren –

Findbuchs ist es in erster Linie, den NS-Opfern aus Österreich und deren Nachkommen, aber auch dem wissenschaftlichen Fachpublikum, Provenienz- oder FamilienforscherInnen die Suche nach „familiären Spuren“ in österreichischen Archivbeständen zu erleichtern. Damit soll die familiengeschichtliche, wissenschaftliche, bildungspolitische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen in Österreich gefördert werden.

Bis zum heutigen Tag sind Menschen aus aller Welt daran interessiert, etwas über das weitere Schicksal von Familienangehörigen und Bekannten zu erfahren. Österreichische Archive, Bibliotheken und Verlage unterstützen das Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus.

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages – dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz – stellte der Nationalfonds der Republik Österreich bereits 2013 das Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus erstmals vor. Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus wurde 1995 gegründet, um die besondere Verantwortung der Republik Österreich gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen. Das Findbuch soll laufend erweitert werden und bietet zu nächst rund 130.000 Datensätze aus dem Österreichischen Staatsarchiv und den Landesarchiven



Nationalfonds

Das vom Nationalfonds betriebene Findbuch ist über www.findbuch.at erreichbar

von Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Tirol. Damit können etwa Informationen zu Vermögensanmeldungen, die Juden und Jüdinnen nach dem „Anschluss“ 1938 abgeben mussten, aber auch zu Akten der nach Kriegsende eingerichteten Rückstellungskommissionen online abgefragt werden. Zudem bietet das Findbuch historische Adressbücher und Amtskalender in digitalisierter Form, wodurch Recherchen zu Privatpersonen, gewerblichen Betrieben oder Behörden, die für die NS-Vermögensentziehung und Rückstellung nach 1945 zuständig waren, erleichtert werden. Das Findbuch stellt damit eine der umfangreichsten Sammlungen von personenbezogenen Informationen zu den NS-Vermögensentziehungen sowie zu österreichischen Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen nach 1945 dar.

Das Findbuch wird von österreichischen Archiven, Bibliotheken und anderen Institutionen unterstützt. Dazu der Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Maderthaler:

„Das österreichische Staatsarchiv ist stolz, zur erfolgreichen Realisierung dieses notwendigen und lange überfälligen Projekts durch umfassende Bereitstellung grundlegender historischer Quellenmaterials beigetragen zu haben.“ Die Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Dr. Johanna Rachinger, meint: „Sehr gerne haben wir die Initiative des Nationalfonds zur Einrichtung eines Online-Findbuchs unterstützt. Immer noch ist es für die Nachkommen vieler Opfer sehr schwierig, zu ihrem Recht zu kommen oder auch nur Licht in die tragischen Schicksale ihrer Verwandten zu bringen. Ich bin zuversichtlich, dass mit dem Findbuch für die Opfer des Nationalsozialismus ein wichtiges Werkzeug dafür geschaffen wurde.“ Für die Leiterin der Universitätsbibliothek Wien, Hofrätin Mag. Maria Seissl, stellt das Findbuch „einen wichtigen Schritt für den digitalen Zugang zu Information dar, der sowohl den NS-Opfern und deren Nachkommen als auch der wissenschaftlichen Aufarbeitung und der Erinnerungsarbeit zugutekommt.“



Die Naziverbrechen am Peršmanhof

Die Museumspädagogin Gudrun Blohberger und die Historikerin Lisa Retzl mit ihrem Team haben nicht nur das von Marjan Sturm 1982 am Peršmanhof eingerichtete Museum auf den letzten Stand der Forschung gebracht, sondern kürzlich auch das Buch „Peršman“ vorgelegt.

14 Tage vor der Kapitulation der Hitlerarmee und dem Kriegsende in Europa zeigte die Nazibestie noch einmal ihr wahres Gesicht: Eine Einheit der 4. Kompanie des 1. Bataillons des SS- und Polizeiregiments 13 ermordete 11 wehrlose Angehörige der Bergbauernfamilie Sadovnik, darunter 7 Kinder unter 14 Jahren auf dem Peršmanhof in Koprein am Fuße des Petzen. Die Familie unterstützte Kärntner Partisanen.

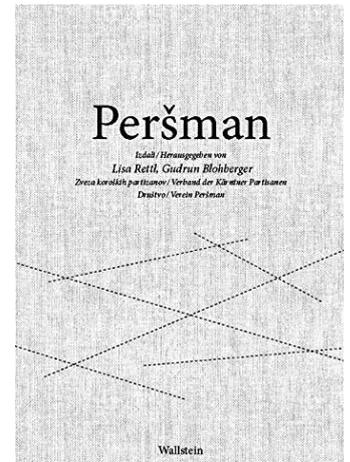
Jahrzehnte hat es gedauert, bis in Kärnten begonnen wurde, sich mit der Verfolgung, Deportation und dem Widerstand der slowenischsprachigen KärntnerInnen und mit dem Massaker auf dem Peršmanhof intensiv zu

beschäftigen. Bis dahin waren diese Themen tabu und konnten erst langsam und gegen den Widerstand deutschnationaler Kreise sowie der Landespolitik offen behandelt, erforscht und diskutiert werden.

Das Buch wird zusammen mit dem Museum Peršman dazu beitragen, die Naziverbrechen an der Familie Sadovnik, das Leid der kärntnerslowenischen Bevölkerung unter der NS-Herrschaft, die vielfältigen Widerstandsformen mutiger Frauen, Männer und Jugendlicher, besonders den Widerstand der in den Reihen der jugoslawischen Befreiungsfront kämpfenden Kärntner PartisanInnen, ins

Bewusstsein, vor allem der jungen Generation in Kärnten und im übrigen Österreich, zu heben. Der militärische und zivile Widerstand der kärntnerslowenischen Frauen und Männer war der effizienteste im okkupierten Österreich. Niemals sollten wir vergessen, dass u. a. diesem Kampf das Wiedererstehen der demokratischen Republik Österreich gemäß Moskauer Deklaration zu verdanken ist.

Im zweisprachig verfassten Buch, zu dem Bundespräsident Fischer Geleitworte spendete, werden drei inhaltliche Schwerpunkte behandelt: 1. Das Verbrechen am Peršmanhof mit einer ereignisgeschichtlichen Rekonstruktion, Überlegungen zum SS- und Polizeiregiment 13 und der Justizgeschichte nach 1945. 2. Das Museum Peršman. 3. Eine ausführliche Dokumentation relevanter Dokumente, Texte und



Gudrun Blohberger, Lisa Retzl (Hsg): „Peršman.“ Wallsteinverlag, Göttingen, 2014. ISBN: 978-3-8353-1588-4, 480 Seiten, € 29,00

Fotos. Damit wird ausgehend von der Geschichte der Familie Sadovnik und des Peršmanhofs ein Überblick zur Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes der Kärntner SlowenInnen im 20. Jahrhundert gegeben. ■

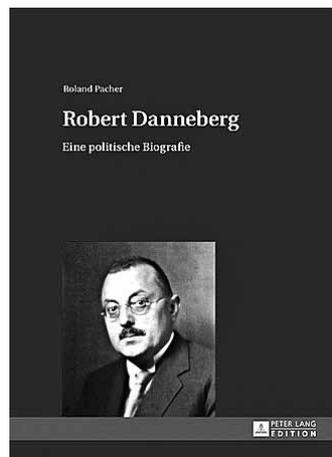
Politische Biografie über Danneberg

Robert Danneberg (1885–1942) zählt zu jenen Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie, die deren Politik mehr als drei Jahrzehnte hindurch entscheidend mitgestaltet haben und dennoch in der Erinnerungskultur nicht den ihnen gebührenden Platz einnehmen. Umso verdienstvoller ist die Arbeit Roland Pachers.

Roland Pacher hat mit der Vorlage der bislang umfangreichsten Biografie Dannebergs eine materialreiche Grundlage für die künftige Auseinandersetzung mit Leben und Werk dieses außergewöhnlichen Menschen geschaffen.

Nach der Haftentlassung (sein Hochverratsverfahren nach dem 12. Februar 1934 wurde nach acht Monaten Kerker eingestellt) nahm Robert Danneberg die illegale Tätigkeit auf und hielt sowohl zu den Repräsentanten der alten Parteiführung als auch zu den Revolutionären Sozialisten Kontakt. Auch in die verzweifelten Bemühungen um

die Rettung der österreichischen Unabhängigkeit im Februar und März 1938 war Danneberg eingebunden. Nach deren Scheitern



bestieg er mit seinen Kindern (Gattin Gertrud sollte nachkommen) noch am 11. März 1938 den Abendzug nach Brünn. Von den tschechoslowakischen Grenzbeamten abgewiesen, wurde Robert Danneberg unmittelbar nach der Rückkehr in Wien von der Gestapo verhaftet.

Mit dem sogenannten Prominententransport wurde Danneberg in das Konzentrationslager Dachau gebracht und von dort im Herbst 1938 in das KZ Buchenwald überstellt. Im Oktober 1942 wurden die jüdischen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald – darunter

Roland Pacher: „Robert Danneberg. Eine politische Biografie.“ Peter Lang Edition, Frankfurt am Main, 2014. ISBN: 978-3-631-62786-0, 406 Seiten, € 71,90

Danneberg – nach Auschwitz deportiert.

Obwohl er nach der Ankunft die Selektion noch überlebte, schwächten ihn mörderische Arbeitsbedingungen und wiederholte Misshandlungen durch Wachmannschaften dermaßen, dass er im Dezember 1942 starb.

Pachers Arbeit besticht durch die gründliche Auswertung aller zur Verfügung stehenden Quellen. Allein die schriftlichen Manifestationen Dannebergs und die Spuren seines Schaffens umfassen respektable Dimensionen an Literatur, Sekundärliteratur und archivalischem Niederschlag. Ein Nachlass existiert leider nicht. Die 120 aus der Ständestaat-Haft erhaltenen Briefe und die über Adolf Schärf geführte Korrespondenz aus den Konzentrationslagern werden am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam aufbewahrt. ■



NS-Verfolgung der Kärntner SlowenInnen

In ihrem Werk dokumentiert Brigitte Entner das Schicksal von fast 400 slowenischen Kärntnerinnen und Kärntnern. Sie hat damit dem Erinnern an diese Menschen und den Lehren, die aus ihren Schicksalen und den finstersten Jahren unserer Geschichte zu ziehen sind, eine Zukunft gegeben.

Das Schicksal der slowenischen Volksgruppe während der Nazizeit wurde, wie überhaupt die Verstrickung Kärntens in die Nazidiktatur, in der offiziellen Landesgeschichte bis vor kurzem weitgehend ausgeblendet. So verwundert es nicht, dass das allgemeine Wissen über die Verfolgung der Kärntner Sloweninnen und Slowenen wenig entwickelt oder nicht vorhanden ist. Wer weiß schon, dass zwischen März 1938 und Mai 1945 mehr als 500 Kärntner Sloweninnen und Slowenen, darunter auch Kinder, Opfer des Naziterrors wurden?

Brigitte Entner, Historikerin im Slowenischen Wissenschaftli-

chen Institut in Klagenfurt, ist es zu verdanken, dass endlich Licht auf die meist vergessenen Schicksale von 580 Naziopfern fällt. Davon sind 517 Kärntner Sloweninnen und Slowenen, 2 Kroaten, 11 Slowenen, 4 ukrainische Zwangsarbeiter und 46 Deutsch-Kärntner Widerstandskämpfer. In ihrem kürzlich im Drava-Verlag erschienenen Buch „Wer war Klara aus Šentlipš/St. Philippen – Kärntner Slowenen und Sloweninnen als Opfer der NS-Verfolgung“ stellt die Autorin nach mehrjähriger Suche und wissenschaftlicher Forschung die Opferzahlen dar und gibt in Kurzbiographien diesen Opfern ihren Namen, ihr Gesicht und ihr Schicksal zurück.

Mit der Eingliederung Österreichs in den Herrschaftsbereich der Nazidiktatur steigerte sich die Verfolgung bis hin zur versuchten Auslöschung der slowenischen Volksgruppe und ihrer Kultur. Dass aber auch das nach 1945 wiedererstandene demokratische Österreich unseren slowenischen Mitbürgern ihre im Staatsvertrag verankerten Rechte jahrzehntelang vorenthielt und Teile der deutschsprachigen Bevölkerung Kärntens und der offiziellen Kärntner Politik ihre diskriminie-

renden Vorurteile nicht überwinden konnten oder wollten, zählen zu den bitteren Schandmalen unserer jüngsten Geschichte. Entners akribische Dokumentation zeigt sogar auf, dass die Zahl der Opfer bei weitem höher war als bisher angenommen. Der Autorin gebührt der größte Dank für diesen wichtigen Beitrag. ■

**Brigitte Entner:
„Wer war Klara aus
Šentlipš/St. Philippen?
Kärntner Slowenen und
Sloweninnen als
Opfer der NS-Verfolgung.
Ein Gedenkbuch.“
Drava-Verlag,
Klagenfurt – Wien/
Celovec – Dunaj, 2014.
ISBN 978-3-85435-675-2,
536 Seiten, € 24,80**



Februarkämpfe in Meidling und Liesing

Neben der allgemeinen politischen Situation wird in diesem Buch besonders über die Zusammenstöße in den Wiener Bezirken Meidling und Liesing (Letzteres gehörte damals noch zu Niederösterreich) berichtet.

Die beiden Bezirke fanden in der bisherigen Literatur nur wenig Beachtung. In Liesing etwa gab es starke Kämpfe in der Elisenstraße, beim Tryhel und viele unterstützten auch die Schutzbündler bei den Kampfhandlungen an der Philadelphiabrücke. Mit der Methode „Oral History“ (mündlich überlieferte Geschichte) wurden Befragungen von noch lebenden Zeitzeugen, welche damals Kinder waren, und deren Nachkommen durchgeführt. Umfangreiche Namenslisten von Verletzten und Toten konnten erstellt werden. Es wird auch von der Flucht in die ČSR, die Sowjetunion und nach Spanien berichtet. Die Studie ist ein regionaler Bericht zur lokalen Geschichte der Kämpfe in diesen

Bezirken, eine „Geschichte von unten“ mit neuen Erkenntnissen, welche in dieser Form noch nicht bekannt und aufgearbeitet wurde.



Zwischen dem italienischen und dem deutschen Faschismus versuchten in Österreich die sich christlich-sozial nennenden Kräfte, ein autoritäres Ständestaatmodell aufzubauen. Dem allen setzte die Sozialdemokratie ein praktisch-revolutionäres Gesellschaftsbild – manifestiert im Linzer Programm und dem Roten Wien – entgegen. Im Februar 1934 trat das austrofaschistische Regime nach dem Parlamentsputsch 1933 zur endgültigen Zerschlagung der Sozialdemokratie an. Der sozialdemokratische Abwehrkampf am 12. Februar 1934 konnte aber zumeist – nur mehr von wenigen Kämpfern getragen,

deren Führung und Waffen zumeist schon vorher in die Hände von Polizei und Militär gerieten – nur an wenigen Orten für einige Tage aufrechterhalten werden. Meidling und die Gemeindebauten Fuchsenfeld-Hof, Bebel-Hof, Indianer-Hof usw. waren so Orte demokratischer Abwehr. Die Rache des Regimes war grausam.

Fialas Werk gibt Einblick in die bis dahin nicht wirklich aufgearbeiteten Auseinandersetzungen und Opfer in den Bezirken Wiens. Josef Fiala hat mit seiner Forschungsarbeit die Opfer, die oftmals wochenlang versteckt, oftmals erst nach Wochen verstorben, der Unbekanntheit entrissen. Im Herbst 2014 wird Mag. Dr. Josef Fiala dazu in der Volkshochschule Meidling eine umfangreiche Vortragsreihe Geschichte – vom Beginn des 1. Weltkriegs bis heute – starten. ■

**Josef Fiala: „Die Februarkämpfe 1934 in Wien Meidling und Liesing: Ein Bürgerkrieg, der keiner war.“
disserta Verlag, 2013.
ISBN: 978-3-954-25254-1,
228 Seiten, € 29,50**

Scharfe Kritik an V-Bericht

Der im Juni präsentierte Verfassungsschutzbericht hat für scharfe Kritik beim Mauthausen-Komitee und dem Oberösterreichischen Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Antifa-Netzwerk) gesorgt. Mauthausen-Komitee und Antifa-Netzwerk sehen BVT-Chef Peter Gridling als

völlig überfordert an. „Der Verfassungsschutz setzt seine Linie fort, den Rechtsextremismus systematisch zu verharmlosen“, sagt der Vorsitzende des Mauthausen-Komitees, Willi Mernyi. „BVT-Chef Gridling spricht allen Ernstes von einer ‚Zurückhaltung der Szene‘ und davon, dass die Zahl der braunen Straftaten ‚im langjährigen Schnitt‘ liege. Beides ist völlig falsch.“ Laut Innenministerium kam es im Jahr 2005 zu 209 rechtsextremen und rassistischen Straftaten, 2013 waren es 574 – eine Steigerung von 175 Prozent in acht Jahren! Allein von 2012 auf 2013 war eine Zunahme von rund zehn Prozent zu verzeichnen.

Mernyi weiter: „Offenbar will der Verfassungsschutz von seiner mehr als dürftigen Aufklärungsbilanz ablenken. Schon die schwerkriminelle Neonazi-Mafia ‚Objekt 21‘ hat er verschlafen – die wurde erst nach zweieinhalb Jahren vom Landeskriminalamt und der regionalen Polizei zerschlagen, wohlgemerkt wegen der nicht-politischen Delikte. Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurde schon dreimal geschändet: keine Aufklärung. Der Mahnstein vor Hitlers Geburtshaus wurde geschändet: keine Aufklärung. Die Synagoge in Salzburg wurde geschändet: keine Aufklärung. Das sind nur einige Beispiele von vielen.“ ■



MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi kritisiert, dass der Verfassungsschutz die Neonazi-Szene nicht ernst genug nimmt

Rassistentreffen verbieten!

Eine rechtsextreme Konferenz in Budapest Anfang Oktober, veranstaltet vom extrem rechten National Policy Institute (USA), wird verboten – auf Anweisung von Premier Viktor Orbán (!). (Die Haltung der ungarischen Regierung ist eigentlich nicht besonders erstaunlich, sondern aus ihrem schlechten internationalen Image erklärbar.) In Budapest sollten einige bekannte Rechtsextreme wie Ale-

xander Dugin referieren, der in Wien unbehelligt mit Strache und Gudenus plaudern konnte. Auch Márton Gyöngyösi, der Jobbik-Abgeordnete und rabiate Antisemit, konnte schon in Österreich auftreten: bei der AFP-Akademie 2010 in Offenhausen (OÖ). 2005 durfte Gyöngyösi übrigens bei den Blauen referieren.

Gegen eine Konferenz von Neonazis im Raum Salzburg,

veranstaltet von der heimischen Aktionsgemeinschaft (AfP) für Politik, waren zu Redaktionsschluss noch keine vergleichbaren Maßnahmen bekannt. Es gibt eine erstaunlich hohe Anzahl von Treffen, wo Rechtsextreme und Neonazis – rein zufällig natürlich! – mit Freiheitlichen zusammentreffen. Die internationalen Treffen der AfP, ziemlich euphemistisch „Politische Akademie“ genannt, sind dafür ein gutes

Beispiel, denn sowohl Johann Gudenus als auch Hans-Jörg Jenewein waren dort bereits als Referenten zu Gast.

In Salzburg beim Treffen der AfP sind Neonazis von der Goldenen Morgenröte und von Jobbik neben heimischen Rechtsextremen als Referenten angesagt. Warum soll dieser Auftrieb von Neonazis erlaubt sein? (Quelle: stopptdierechten.at) ■

Urteil für Objekt 21-Mitglieder

Die beiden mutmaßlichen Anführer des Neonazi-Netzwerkes „Objekt 21“ mit Sitz in Windern bei Desesselbrunn (Bezirk Vöcklabruck) und Gründer einer Schutztruppe sind zu sechs Jahren und neun Monaten sowie zu vier Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Dabei handelt es sich um Zusatzstrafen zu früheren Verurteilungen. Die Schuldsprüche sind nicht rechtskräftig: Der Verteidiger

des Duos verzichtete zwar auf Rechtsmittel, der Staatsanwalt gab aber keine Erklärung ab.

Alles sei „bis ins Detail durchgeplant“ gewesen, „nichts dem Zufall überlassen“ worden, so der Richter über die Taten in seiner Urteilsbegründung. Die Angeklagten hätten eine führende Rolle in einer kriminellen Vereinigung innegehabt, die Untergrund des „Objekt 21“ sei Dreh- und Angelpunkt gewesen.

Der 30-Jährige und der 33-Jährige, die bereits als mutmaßliche Köpfe der rechtsextremen Organisation „Objekt 21“ nach dem NS-Verbotsgesetz zu sechs beziehungsweise vier Jahren Haft nicht rechtskräftig verurteilt worden sind, sollen auf Geheiß eines früheren Rotlichtbosses Anschläge bei dessen Konkurrenz begangen bzw. andere dazu angestiftet haben. Der 53-Jährige hatte nach eigenen Angaben ein „Schutzbedürfnis“ und bereits im April

vor Gericht ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er und mehrere andere mutmaßliche Komplizen hatten die beiden schwer belastet.

Objekt 21 war ein neonationalistischer Kulturverein in der österreichischen Gemeinde Desesselbrunn. Dem Verein gehörten österreichische und deutsche Neonazis an. Er wurde 2011 behördlich aufgelöst, existierte aber bis Anfang 2013 im Untergrund weiter. ■

Die SPÖ gibt sich ein neues Programm

Auf dem Bundesparteitag 2012 der SPÖ haben die Delegierten einen Antrag der Jugendorganisationen und der Wiener Landespartei beschlossen, der eine umfassende inhaltliche und strukturelle Erneuerung vorsieht. Im Folgenden ein paar Gedanken und ein kurzes „Update“ zum anlaufenden Programm- und Organisationsreformprozess.

Seit über 125 Jahren kämpfen Menschen in unserem Land unter dem Banner der Sozialdemokratie für eine bessere, eine gerechtere Welt. Es ist dies eine Geschichte der Erfolge und Rückschläge, eine Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes und eine Geschichte des Regierens und Opponierens. Die sozialistische ArbeiterInnenbewegung in Österreich war lange Zeit so gut organisiert wie nur wenige Schwesternparteien. Allgemeine gesellschaftliche, ökonomische und technologische Umwälzungen sowie politische und ideologische Verirrungen führten und führen allerdings zu einer sukzessiven Erosion unserer traditionsreichen und einst so starken Bewegung.

Wenn die SPÖ sich ein neues Programm geben und sich organisatorisch und strukturell neu aufstellen möchte, geht es in erster Linie darum, sich mit dem richtigen analytischen Instrumentarium politisch und gesellschaftlich zu verorten und wieder nachhaltige politische Perspektiven zu entwickeln. Unsere Grundwerte brauchen dabei nicht überdacht oder neu erfunden zu werden, es gilt, die bestehenden zu schärfen und sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen mit Leben zu füllen.

Mit unserem Grundanspruch einer anderen, klassenlosen Gesellschaft, echter Demokratie und einem besseren, weil selbstbestimmten Leben und nicht entfremdenden Produktionsverhältnissen ist die Sozialdemokratie, wie es scheint, so weit wie schon

lange nicht mehr davon entfernt, hegemoniefähig zu sein. Der Kapitalismus neoliberaler Prägung hat die gesellschaftlichen „Prioritäten“ und Zielsetzungen sicherlich aber auch zu unseren Ungunsten verschoben und neue gesamtgesellschaftliche Verblendungsmechanismen hervorgebracht.

Ein grundsätzliches Reflektieren unserer aktuellen programmatischen und politischen Ausrichtung ist daher wichtiger denn je. Programm und Praxis müssen wieder lebhaft miteinander korrespondieren. Der nun startende Prozess zur Programm- und Organisationsreform der SPÖ hat den Anspruch, alle Menschen innerhalb, aber auch Menschen und Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie wieder einzuladen, das vielzitierte Stück des Weges mit uns zu gehen und sich an der Diskussion zu beteiligen. Ein Grundkonzept für diesen Reformprozess, der auf dem Bundesparteitag 2016 abgeschlossen werden soll, wurde bereits erarbeitet und im Zuge einer BezirksgeschäftsführerInnen- und SekretärInnen-Tagung Mitte September in Bruck an der Mur von Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos, Josef Cap und Georg Hubmann, Geschäftsführer vom oberösterreichischen Jahoda-Bauer-Institut, präsentiert.

Darabos machte in Bruck beispielsweise klar, dass es nach den Verirrungen des Dritten Weges der 90er Jahre (Blair, Schröder, Klima etc.) wieder ein Programm mit Ecken und Kanten braucht. Das 98er-Programm war in zentralen Bereichen zu verwaschen, zu wenig visionär, zu wenig sozialdemokratisch und zu sehr dem damaligen politischen Zeitgeist angepasst. Die Interessen der Wirtschaft wurden vor die Interessen der hart arbeitenden Menschen gestellt. Und vor die Interessen jener, die nicht über die Möglichkeiten verfügen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten.

Auch der technologische Fortschritt stellt eine Herausforderung für eine moderne Partei

sich ebenso auf das Innenleben unserer Bewegung auswirken. Noch in der Kreisky-Ära dienten Sektionsabende für viele (auch) dem Zweck, sich über die politische Lage und die Weltlage zu informieren. Wer aber heute mit Facebook, mit Twitter, mit dem Smartphone und anderen Medien Informationen in Echtzeit einholen und Meinungsaustausch betreiben kann, braucht manche Kontakte nicht mehr.

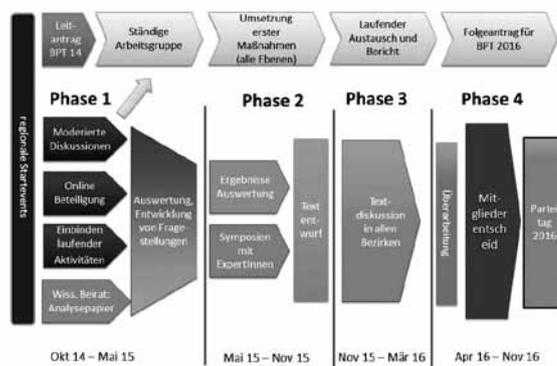
Auf diese Fragen müssen wir ebenfalls Antworten finden (die Liste weiterer relevanter Umwälzungen ließe sich noch endlos fortsetzen). Der Parteireformprozess soll nicht nur ein neues, zeitgemäßes Programm bringen. Er soll auch die politische Kultur innerhalb der Sozialdemokratie reflektieren und verändern. Strukturell müssen wir uns für die Zukunft so aufstellen, dass unsere Bewegung ein attraktives politisches Betätigungsfeld darstellt. Das heißt auch, auf Menschen zuzugehen, die wir nicht (mehr) oder nur schwer erreichen.

Hier sind wir auch als Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen gefordert, Ideen und Gedanken einzubringen und sich aktiv am Re-

formprozess zu beteiligen. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, unsere Partei in Bewegung (um-) zu setzen und programmatisch wie organisatorisch adäquate Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

Martin Oppenauer

Ablauf Parteireform



Die kleinen Balken oben stellen den Prozess der Organisationsreform dar, der allerdings mit der Programmdiskussion in engster Verbindung steht. Das große Pfeildiagramm zeigt den geplanten Programmprozess. Im Herbst starten österreichweit Diskussionen in den Bezirken und befreundeten Organisationen (Phase 1) zur Zukunft der Gesellschaft und der Sozialdemokratie.

dar. Technologien gestalten die Gesellschaft bzw. den Alltag vieler Menschen mittlerweile maßgeblich mit – und vice versa natürlich. Diese Entwicklungen machen auch vor den Parteien nicht halt. Durch Fernsehen, Internet und Social Media wurden Entwicklungen in Gang gesetzt, die



Kommende Ausgabe

Im kommenden Heft werden wir uns unter anderem dem Thema Flucht widmen, die rechtsextreme Szene in Italien wird uns darüber hinaus ebenso beschäftigen wie aktuelle Entwicklungen in der Programmdebatte der SPÖ. Redaktionsschluss für das vierte und letzte Heft dieses Jahres ist am 24. November, damit es rechtzeitig vor den Feiertagen auch wirklich alle erreicht. Alle GenossInnen sollen

sich auch dieses Mal herzlich eingeladen fühlen, ihre Artikel, Berichte, Buchbesprechungen und Ideen einzubringen und an martin.oppnauer@spoe.at oder das Bundesbüro zu übermitteln (1 Seite = 5.000 Zeichen mit Leerzeichen, ½ Seite = 2.400 Zeichen, ¼ Seite = 1.200 Zeichen). Über allgemeine Rückmeldungen zum „Kämpfer“ ist das Redaktionsteam ebenfalls immer dankbar. Freundschaft!

Termine Gedenkfeiern

Gedenk- und Befreiungsfeiern für 2014 – Mauthausen, ehemalige Nebenlager und Orte des NS-Terrors – im Herbst finden noch folgende Feiern statt:

Samstag, 18. Oktober 2014

St. Pantaleon, Gedenkstätte, 18 Uhr, Gedenkfeier

Freitag, 24. Oktober 2014

Deserteursdenkmal

Samstag, 1. November 2014

Hinterbrühl, Gedenkstätte Johannesstraße, 18 Uhr, Gedenkfeier

Sonntag, 2. November 2014

Pichl bei Wels, Friedhof, 19 Uhr, Gedenkfeier

Samstag, 15. November 2014

Lackenbach, Gedenkstätte, 11 Uhr, Gedenkfeier

Mittwoch, 10. Dezember 2014

Wagna-Leibnitz, Stollen, 18.30 Uhr, Gedenkfeier

Mittwoch, 31. Dezember 2014

Hinterbrühl, Gedenkstätte Johannesstraße, 18 Uhr, Gedenkfeier

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Heimo Gruber, Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Harald Ludwig, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Peter Weidner, Jürgen Weyand. **Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann, Walter Zivny.

Lektorat: Lucia Marjanović, Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. September 2014.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24. November 2014.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Jura Soyfer Lied des einfachen Menschen

aus: widerstand und
freiheitskampf (S. 264 f)



*Menschen sind wir einst vielleicht gewesen
Oder werden's eines Tages sein,
Wenn wir gründlich von all dem genesen.
Aber sind wir heute Menschen? Nein!*

*Wir sind der Name auf dem Reisepaß,
Wir sind das stumme Bild im Spiegelglas,
Wir sind das Echo eines Phrasenschwall's
Und Widerhall des toten Widerballs.*

*Längst ist alle Menschlichkeit zertreten,
Wahren wir doch nicht den leeren Schein!
Wir, in unsern tiefentmenschten Städten,
Sollen uns noch Menschen nennen? Nein!*

*Wir sind der Straßenstaub
der großen Stadt,
Wir sind die Nummer im Katasterblatt,
Wir sind die Schlange vor
dem Stempelamt,
Und unsre eignen Schatten allesamt.*

*Soll der Mensch in uns sich einst befreien,
Gibt's dafür ein Mittel nur allein:
Stündlich fragen, ob wir Menschen seien,
Stündlich uns die Antwort geben: Nein!*

*Wir sind das schlecht
entworfenne Skizzenbild
Des Menschen, den es erst zu zeichnen gilt.
Ein armer Vorklang nur
zum großen Lied.
Ihr nennt uns Menschen?
Wartet noch damit!*

Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und freiheitskampf. lyrische beiträge des 20. jahrhunderts aus österreich“; Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten; ISBN: 978-385476-359-8; € 19.90